



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2017

---

## **Die Schweizer Armee: ein europäischer Sonderfall? Wehrpflicht, Bewaffnung und Kampfführung im Wandel der „militärischen Revolutionen“**

Jaun, Rudolf

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-202946>

Book Section

Published Version

Originally published at:

Jaun, Rudolf (2017). Die Schweizer Armee: ein europäischer Sonderfall? Wehrpflicht, Bewaffnung und Kampfführung im Wandel der „militärischen Revolutionen“. In: Echternkamp, Jörg; Mack, Hans-Hubertus. Geschichte ohne Grenzen? : europäische Dimensionen der Militärgeschichte vom 19. Jahrhundert bis heute. Berlin: De Gruyter Oldenbourg, 145-152.

## Die Schweizer Armee: Ein europäischer Sonderfall? Wehrpflicht, Bewaffnung und Kampfführung im Wandel der »militärischen Revolutionen«

Für eine Quadratur des Kreises hält sie mancher Beobachter. Die Milizarmee der Schweiz scheint ein Widerspruch in sich zu sein, weil sie zwar den drei großen Entwicklungslinien der europäischen Militärgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert gefolgt, zugleich aber eine Staatsbürger-Armee geblieben ist. Wie konnte das funktionieren?

Die Schweizer Milizarmee dehnte, erstens, die Wehrpflicht zwischen 1890 und 1990 auf 80 Prozent der männlichen Staatsbürger aus und erreichte damit eine der höchsten Ausschöpfungsquoten des nationalen Wehrpotenzials in Europa. Obwohl die Schweiz als Kleinstaat enge Grenzen hatte, beschaffte die Schweizer Armee, zweitens, im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts mit wenigen Ausnahmen wie der Raketenartillerie die neuesten europäischen Waffen für die Infanterie, die Artillerie, die mechanisierte Truppe und die Luftwaffe an. Sie scheiterte aber wie die meisten europäischen Staaten daran, an Atomwaffen zu gelangen. Im Einklang mit den beschafften Waffensystemen folgte die Schweizer Armee, drittens, den europäischen Entwicklungen der Kampfweise. Dazu gehörten die napoleonische Manöverkampfführung, die freie bewegliche Operationsführung aus dem Begegnungsgefecht nach preußisch-deutschem Vorbild, die Kampfführung aus der Tiefe des Raumes und die bewegliche Gegenwehr sowie die totale Kriegführung unter atomaren Bedingungen.

Dazu kommen vier typisch schweizerische Entwicklungen, die der europäischen Entwicklung entgegenliefen: die dauernde bewaffnete Neutralität seit dem Wiener Kongress 1815; die stete Verbesserung des militärischen Verteidigungspotenzials bei gleichzeitiger struktureller Angriffsunfähigkeit; eine Militärstrategie der Abschreckung und der optionalen Kriegscoalition mit dem Feind des Feindes sowie die Bereitschaft der Bundesbehörden, Truppenformationen der Armee angesichts fehlender Bundespolizeitruppen und schwacher kantonaler Polizeikräfte den Kantonen zur Aufrechterhaltung des Gewaltmonopols zur Verfügung zu stellen.

Als eine Quadratur des Kreises musste die Schweizer Armee auch deshalb erscheinen, weil sie als reine Staatsbürgerarmee ohne Berufsoffizierkorps und ohne stehende Truppen den Hauptentwicklungen der europäischen Streitkräftebildung und Kampfweise gefolgt ist – allerdings unter größtem Anpassungsstress, mit zeitweiligen Notmaßnahmen und um den Preis des militärstrategischen Alleinganges seit dem Zweiten Weltkrieg. Diese autonome militärische Verteidigung, welche die Schweizer als Erfolgsgeschichte deuten, macht es ihnen bis heute schwer, sich auf ein europäisches Verteidigungssystem einzulassen und Vertrauen in eine europäische Sicherheitskooperation zu gewinnen.

Im Folgenden wird die Entwicklung der Wehrpflicht und der Streitkräftebildung sowie der Bewaffnung und Kampfführung im europäischen Zusammenhang skizziert. Abschließend werden der Weg der Schweiz zur autonomen militärischen Verteidigung im kurzen 20. Jahrhundert und die Funktion des Schweizer Milizsystems als Vorbild und Projektionsfläche der Militärkonzepte des europäischen Republikanismus im langen 19. Jahrhundert dargestellt.

## Wehrpflicht und Streitkräftebildung

Die gemeinsame historische Grundlage der europäischen Streitkräfte sind die »Oranischen Heeresreformen«. Sie gelten als die erste von mehreren »Militärrevolutionen« in der Militärgeschichte. Die Ideen der Reform des niederländischen Heeres gegen Ende des 16. Jahrhunderts verbreiteten sich noch vor dem Dreißigjährigen Krieg (1618–1648) in Europa wie ein Lauffeuer und wurden rasch weiterentwickelt. Auch einzelne »Orte« (so hießen die Kantone bis etwa 1798) der Alten Eidgenossenschaft – reiche Städteorte wie Zürich und Bern – nahmen sie unverzüglich auf. Diese Entwicklung führte zu den regulierten hierarchisierten Milizformationen und einer standardisierten Drillausbildung. Die Landkantone zogen häufig erst im 18. Jahrhundert nach. Eine andere Quelle der europäischen Modernisierung waren die Soldregimenter, welche die Eidgenossenschaft allen großen europäischen Fürsten zur Verfügung stellte. Dafür erhielt sie nicht nur reichlich Geld, sondern auch Offiziere, die mit Innovationen vertraut waren und zu Hause die Milizformationen ausbildeten.

Mit der Übernahme der Oranischen Reformen wurde erstmals auch die Wehrpflicht geregelt. Die wehrtauglichen Männer der einzelnen Dörfer, Talschaften und Städte wurden erfasst und der Wehrpflicht unterworfen, die allerdings weitgehende Ausnahmen zuließ. Die Streitkräfte der Eidgenossenschaft folgten damit dem gesamt-europäischen Muster der Streitkräftebildung im Ancien Régime. Im Ausland unterhielt sie durch private Soldunternehmer geführte Söldnerregimenter: eine stehende Armee, die im Verteidigungsfall nach Hause gerufen werden konnte. Im Inland unterhielt sie eine Milizorganisation, wie viele europäische Fürsten auch.

Orientiert man sich am Modell der Militärrevolutionen, folgte die Schweiz auch im Zuge der zweiten Militärrevolution um 1800 dem europäischen Trend. Unter dem maßgeblichen Einfluss Frankreichs – die Schweiz war ein französischer Vasallenstaat – wurde die napoleonische Truppen- und Kampforganisation eingeführt, wie sie sich europaweit durchsetzte. Für das Militär, das bis 1874 immer noch föderal organisiert war, stellte dies jedoch ein großes Problem dar. Zugleich schlug die Schweiz gewissermaßen einen Sonderweg ein. Während sie an der nicht stehenden Milizorganisation festhielt, übernahm sie die anspruchsvolle napoleonische Kampfweise: Das war die Quadratur des Kreises. Die Wehrpflicht wurde nun als eine Staatsbürgerpflicht verstanden, die jeder Wehrpflichtige gegenüber den Kantonen zu erfüllen hatte. Diese mussten dem Bund aber bis 1874 nur ein Kontingent von 4,5 Prozent der gesamten Bevölkerung stellen.

Wie in den meisten europäischen Staaten kam die Wehrpflicht, die 1848 in der liberalen Bundesverfassung verankert wurde, erst nach 1870 so richtig zur Geltung. Auch die Schweiz wollte nun ihr militärisches Männerpotenzial so gut wie möglich nutzen und eine möglichst große Armee auf die Beine stellen. Durch die Einführung eines militärischen Hilfsdienstes gelang es vor dem Ersten Weltkrieg, den Anteil der eingezogenen Männer an der wehrpflichtigen Bevölkerung auf fast 80 Prozent zu steigern.

Die gut ausgebildete und erzogene Milizarmee musste ihre »Kriegstauglichkeit« jedoch weder im Ersten noch im Zweiten Weltkrieg beweisen. Dennoch hielt die Armee am Milizsystem und an der Allgemeinen Wehrpflicht fest. Dienstverweigerer drohte bis zum Ende des Kalten Krieges Gefängnis. Auch nach den Weltkriegen blieb die Schweizer Armee in erster Linie eine Infanteriearmee, die ihren Personalbestand durch eine lange Wehrpflichtzeit ausdehnte. In den 1950er-Jahren dauerte die Wehrpflicht bis

zum 60. Lebensjahr; von 1961 bis 1994 galt sie bis zum 50. Lebensjahr für den Dienst in der Armee, danach für den Zivilschutz. Die Armee hatte am Ende des Kalten Krieges einen tatsächlichen Bestand von 800 000 Mann! Auch hier folgte die Schweiz dem europäischen Trend, einen Krieg falls notwendig auch unter atomaren Bedingungen mit umfangreichen, »bestandsstarken« Truppen durchzustehen.

Im Gegensatz zu den meisten andern europäischen Staaten hält die Schweiz bis heute an der Wehrpflicht fest. Sie ist jedoch umstritten. Die Bewegung »Gruppe für eine Schweiz ohne Armee« (GsoA), die sich seit Mitte der 1980er-Jahre mit verschiedenen Volksinitiativen für die Abschaffung der Schweizer Armee einsetzt, will die Wehrpflicht durch eine Verfassungsänderung abschaffen (und nicht nur aussetzen, wie das seit 2011 in Deutschland der Fall ist). Doch eine Volksabstimmung im Herbst 2013 brachte ein klares Ergebnis: Fast zwei Drittel der Befragten stimmten gegen die Abschaffung. Die Wehrpflicht ist in einer Zeit der Globalisierung und des raschen gesellschaftlich-kulturellen Wandels zu einem wichtigen Element der Schweizer Identität, der »Swissness«, geworden, obwohl die Armeepaner den Staatsbürger-Soldaten vor allem als Personalressource wahrnehmen. Die Armeeführung plant nach wie vor eine 100 000-Mann-Armee aus 20 bis 30 Jahre alten Schweizer Bürgern. Um die Schweiz zu verteidigen, werden nicht mehr alle wehrfähigen Männer benötigt – da liegt auch die Schweiz im europäischen Trend. Nur noch »Twens« sollen das souveräne Staatsvolk in der Armee repräsentieren – damit liegt sie nicht im Trend.

## **Bewaffnung und Kampfführung: »Sicherheit durch Kooperation«?**

Auch in der Bewaffnung und Kampfführung folgte die Schweizer Armee dem europäischen Trend. Bis 1870 stand die Schweizer Armee unter starkem französischem Einfluss und folgte der napoleonischen Gefechtstaktik. Nach 1870 orientierte sie ihre Kampfführung immer mehr am preußisch-deutschen Vorbild.

Der Revolutionierung des Gefechtsfeldes durch die wiederholt gesteigerte Wirkung der Feuerwaffen konnte die Schweiz sowohl in der Bewaffnung (Magazinhinterlader-Infanterie Gewehr und Schnellfeuergeschütze der Artillerie) als auch durch die Anpassung der Gefechtsführung standhalten. Nach 1890 orientierte sich auch die Schweizer Armee an der in Preußen unter Generalfeldmarschall Helmuth von Moltke d.Ä. eingeführten Operationsführung und der situativen taktischen Führung der Truppen. Pläne zur Landesverteidigung und Kampfaufstellung wurden nicht weiter verfolgt. Die Armee sollte sich einem eingefallenen Gegner entgegenwerfen und aus der Begegnung heraus so lange erfolgreich kämpfen, bis der Feind des Feindes zu Hilfe käme und der Aggressor von dem neutralen Territorium der Schweiz vertrieben würde. Um die Schnelligkeit und die Beweglichkeit zu erhöhen, wurde die Leistungsfähigkeit der Kavallerie auf europäisches Niveau gehoben.

Nach dem Ersten Weltkrieg sollte sich jedoch zeigen, dass ein Kleinstaat an Grenzen stieß. Die Ressourcen, die für eine mechanisierte und industrialisierte Kampfführung notwendig waren, reichten in der Schweiz nicht oder konnten nur noch mit großen Verzögerungen bereitgestellt werden.

Wie neuere Studien zeigen, folgte die Schweiz in den 1920er-Jahren ansatzweise Grundsätzen der Landkriegführung, wie sie auch für die österreichischen Streitkräfte



*»Die erste Serie Panzer (Leicht Panzer 39 Praga) für die Schweizer Armee ist 1939 eingetroffen und wird von zwei berittenen Offizieren skeptisch gemustert. Photographie von 1939, Schweizer Armee – Zentrum Elektronische Medien (ZEM).*

und die Reichswehr galten. Erst gegen Ende der 1930er-Jahre nahm sie die französische Doktrin der »Bataille conduite«, der geführten Schlacht, auf. Der Schweizer Armee fehlten einfach die Mittel für eine bewegliche Kampfführung, und der Kampf musste aus vorbereiteten Stellungen geführt werden. Die Schweiz war in den 1930er-Jahren nicht in der Lage, Kampfpanzer zu beschaffen oder selbst zu produzieren, ebenso fehlten ihr bei Kriegsausbruch 1939 moderne Panzerabwehr- und Fliegerabwehrwaffen. Der Motorisierungsgrad ihrer Streitkräfte blieb gering. Lediglich die Flugwaffe – wie die Luftwaffe in der Schweiz heißt – konnte einigermaßen mithalten. Sie verfügte über ein bemerkenswertes Milizpilotenkorps. Alles in allem hatte die Schweiz zunächst große Mühe, die vierte Militärrevolution, die Mechanisierung und Totalisierung, zu meistern.

Der bei Kriegsausbruch gewählte Oberbefehlshaber der Armee sah sich deshalb im Herbst 1939 gezwungen, das Heer in einer linearen, überdehnten Armeestellung ohne taktische Tiefe aufzustellen. Im Falle eines deutschen Angriffs hoffte er auf die Unterstützung durch die französische Armee, wie sie den Schweizern in Geheimabkommen zwischen den beiden Armeekommandos zugesichert worden war. Nach der raschen französischen Niederlage im Frühjahr 1940 und der daraus folgenden Rundumbedrohung durch die faschistischen Mächte zog sich die Schweizer Armee in ein Alpenreduit zurück. So hatte sie als strategisches Pfand die für Deutschland und Italien wichtigen Eisenbahnverbindungen in der Hand, welche die Alpen überquerten, und hielt so und aus anderen Gründen die Achsenmächte von einem Angriff ab.

Nach dem Zweiten Weltkrieg provozierte die Frage der richtigen Bewaffnung und Kampfweise einen großen Streit im Offizierkorps. Die eine Richtung stand immer



noch unter dem großen Einfluss internationaler Militärtheorien, zunächst weiterhin der deutschen, in den 1940er- und 1950er-Jahre zunehmend der nordatlantischen und amerikanischen Militärtheorie. Sie wollte die Armee ähnlich wie die westeuropäischen Länder modernisieren und für eine auch operativ bewegliche Kampfführung fit machen. Das entsprach dem internationalen militärischen Trend. Taktische Atomwaffen, die erst noch zu beschaffen waren, sollten für die Feuerunterstützung sorgen. Die Anhänger dieser Richtung strebten mit der von ihr propagierten mechanisierten Kampfführung einen operativen Sieg und dadurch strategisch die Abschreckung des Gegners an.

Die andere Richtung wollte angesichts der beschränkten Ressourcen und nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges einen eigenen schweizerischen Weg einschlagen. Den Ausgangspunkt ihrer Überlegungen zur Bewaffnung und Kampfführung bildeten der schweizerische Raum und die Staatsbürger-Armee: Sie sollte den Gegner durch hinhaltenden Widerstand abschrecken.

Die eher im europäisch-amerikanischen Trend liegenden »operativen Sieger« hatten solange Oberwasser, bis die Beschaffung von Mirage-Kampfflugzeugen finanziell aus dem Ruder lief. Nun gewannen die »hinhaltenden Widerstandskämpfer« wieder an Gewicht. Die Schweizer Armee entwickelte 1966 auf operativer Ebene eine Abwehrdoktrin, die bis 1994 in Kraft blieb. Die *défense combinée* bestand aus einer flächendeckenden Raumverteidigung durch die Infanterie und mechanisierten Gegenschlägen durch Panzertruppen.

Diese Konzeption der militärischen Landesverteidigung erlaubte es der Armeeführung über Jahrzehnte, die Waffenarsenale zu erneuern. Noch 1984 wurden 320 deutsche Leopard-Panzer beschafft. Die Truppenverbände mussten jedes Jahr für eine dreiwöchige Wiederholungsübung in ihren Einsatzraum einrücken. Auf diese Weise wurde der Ausbildungsstand gehalten, wenn nicht optimiert. Zu dieser militärischen Landesverteidigung kam eine ausgedehnte zivile Landesverteidigung. Zusammen bildeten sie eine ausgefeilte Gesamtverteidigung für den Fall eines totalen (atomaren) Krieges. Diese Verteidigungsvorbereitungen hatten mit der NATO nichts zu tun. Das westliche Militärbündnis konnte jedoch davon ausgehen, dass die Schweiz, welche die Herausforderungen der »fünften Militärrevolution« auf ihre eigene Art bewältigte, ihr neutrales Territorium in neutraler Weise verteidigen würde.

Nach der strategischen Wende 1989/91 verkleinerte sich die Schweizer Armee. Der Grund war ein deutlicher Geburtenrückgang: Die 600 000-Sollbestands-Armee konnte wegen des Pillen-Knicks nicht mehr die notwendigen Rekruten bereitstellen. Die Verkleinerung folgte der Tendenz in der westlichen Militärtheorie und im Sinne der *Air-Land-Battle*-Doktrin. Die neue Armee war nach wie vor in erster Linie auf eine Konfrontation mit konventionellen Streitkräften ausgerichtet. Die Schweizer Armee folgte in operativer Hinsicht dem jüngsten europäischen Trend, doch strategisch und sicherheitspolitisch ging sie eigene Wege. Die Umsetzung der neuen Konzeption der »dynamischen Raumverteidigung« mit ihrem hohen Mannschaftsbestand von 400 000 und dem hohen Bedarf von operativem Feuer (Raketenartillerie usw.) wäre zudem kaum finanzierbar gewesen. Erst im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhundert bestimmte in der Schweiz das sicherheitspolitische Denken die Militärpolitik. Bis dahin hatte umgekehrt die Militärpolitik die Sicherheitspolitik bestimmt, die während des Kalten Krieges nichts Geringeres vorsah als die eigenständige Vorbereitung des totalen Krieges.

Auf der Grundlage eines Sicherheitspolitischen Berichtes aus dem Jahre 2000 («Sicherheit durch Kooperation») erfolgte der Umbau der Verteidigungsarmee zu einer Armee, die wie bereits das Vorgängermodell unterschiedliche Aufgaben erfüllen konnte, dazu aber aus verschiedenen »Modulen« bestand und einen Mannschaftsbestand von 120 000 aktiven Armeeangehörigen aufwies. Dazu kamen 100 000 Angehörige der Reserve. Dem europäischen Trend folgend, sollte die Armee XXI als »Einsatz-Armee« gestaltet werden. Die innenpolitischen Grenzen dieser Bemühungen zeigten sich jedoch bald. Das Schweizer Volk hatte schon 1992 den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) verweigert und steht bis heute einem Beitritt zur Europäischen Union ablehnend gegenüber. 1996 lehnten die Schweizer in einer Volksabstimmung die Bildung von Blauhelm-Truppen ab. Das Parlament verweigerte auch die Anschaffung von Transportflugzeugen. Eine knappe Mehrheit befürwortete in einer Volksabstimmung 2001 die Bewaffnung des Schweizer Kosovo-Kontingentes. Sicherheit durch Kooperation wurde fortan vor allem als *innenpolitische* Zusammenarbeit zwischen den Kantonen sowie zwischen dem Bund und den Kantonen umgedeutet. Bei der Bewältigung von Katastrophen und Problemen der inneren Sicherheit wollte man zusammenarbeiten. Doch die Kantone, die laut Verfassung für die Sicherheit auf ihrem jeweiligen Territorium zuständig sind, wehren sich dagegen, polizeiliche und hoheitliche Kompetenzen im Konfliktfall an den Bund abzugeben. Sie sehen die Bundesarmee in erster Linie als eine Streitmacht, die zivile Sicherheitsorgane wie die Polizei, die Feuerwehr und den Sanitätsdienst im Bedarfsfall unterstützt. Zudem dient die Bundesarmee aus Sicht der Kantone dazu, bei längeren Einsätzen für die Durchhaltefähigkeit zu sorgen, ohne dass Geld aus den Kassen der Kantone fließt.

Dieser enge politische Spielraum prägt auch das Selbstbild der neutralen Schweiz im Rahmen der militärischen Friedensförderung und der internationalen Sicherheitskooperation. Hier sieht sie das Schwergewicht der Beteiligung vor allem auf der Bereitstellung von *High Value Assets*, während Einsätze von Kontingenten bislang auf den Kosovo beschränkt blieben. Militärische Einsätze zur Friedensförderung finden ausschließlich auf der Grundlage von Mandaten der Vereinten Nationen und der OSZE statt. So beschränken sich die Leistungen der Schweizer Armee auf Luft- und Landtransporte, auf den Einsatz von Sicherungskompanien, Militärbeobachtern und Militärärzten, von Stabs- und Nachrichtenoffizieren, Minenräumern, Kleinwaffen- und Sicherheitsexperten. Dagegen wurden Einsätze im Rahmen von friedenserzwingenden Operationen (*Peace Enforcement*) per Gesetz ausgeschlossen.

Sehr bald zeigte sich nach 2003 dass die Armee XXI nicht nur nicht zu finanzieren war, sondern auch von der Doktrin und dem Ausbildungsmodell her zu hoch gegriffen war. Anpassungen und Reparaturen waren notwendig: Als erstes mussten unter der etwas euphemistischen Bezeichnung »Entwicklungsschritt 08/11« Verbände und Aufgaben abgebaut werden. Auf der Grundlage eines 2010 erschienenen Armeeberichtes geht die Schadensbehebung des zu ambitiösen totalen Restrukturierungs-Programms Armee XXI weiter. Autonome Landesverteidigung soll nach wie vor die Kernaufgabe der Schweizer Armee bleiben. Allerdings sollen insbesondere die mechanisierten Mittel reduziert werden. Die zur Abwehr eines militärischen Angriffs benötigten Fähigkeiten sollen der Bedrohung entsprechend erhalten bleiben und flexibel an das sich wandelnde Umfeld angepasst werden. Gleichzeitig sollen die zivilen Sicherheitsbehörden weiter unterstützt werden; ihr Bedarf ist wahrscheinlicher als ein militärischer Konflikt. Zudem soll die Armee weiterhin häufiger im Bereich der militärischen Frie-

densförderung eingesetzt werden, wenn auch in einem geringeren Umfang, als das in ähnlichen Kleinstaaten wie Österreich, Schweden oder Finnland der Fall ist.

Die Schweiz steht damit in Europa als Einzelgänger da. Artillerie, Panzer, Kampfflugzeuge, Flugabwehrsysteme und Kommunikationsmittel werden in ein, zwei Jahrzehnten veraltet sein. Daher wird sich die Schweizer Armee spätestens bei der Erneuerung der Waffensysteme des Kalten Krieges möglicherweise wieder den europäischen Streitkräften und der europäischen Sicherheitspolitik annähern. Würde das schweizerische Staatsvolk dagegen lieber ausschließlich auf das Fähigkeitspotenzial des Staatsbürger-Soldaten und eine nachhaltige *Low-Tech*-Ausrüstung mit *High-Tech*-Elementen setzen, käme es erneut zur Quadratur des Kreises.

## Vom republikanischen Vorbild zum militärischen Einzelgänger in Europa

Die Schweizer Armee verband mit dem prekären Erfolg der Quadratur des Kreises das politische Prinzip der Milizarmee, deren Soldaten und Offiziere nur »nebenberuflich« tätig sind, mit einer Bewaffnung und Kampfführung, wie sie in den anderen europäischen Ländern jeweils üblich waren. Diese Kombination machte die Schweizer Armee im 19. Jahrhundert zum Vorbild für die Anhänger des Republikanismus in Europa. Unter »Republik« verstanden sie ein Gemeinwesen, zu dem sich Menschen mit gleichen Rechten zu einem gemeinsamen Nutzen zusammengeschlossen hatten. Die Republikaner hielten die stehenden Heere der absolutistischen und halb-absolutistischen Monarchen für das große Hindernis auf dem Weg der Völker zu mehr Freiheit und Wohlstand. In der Schweiz mit ihrer Staatsbürger-Miliz schien sich jener Staatsbürger- und Soldatenstaat zu verwirklichen, den schon der Philosoph Niccolò Machiavelli im 16. Jahrhundert als Ideal entworfen hatte. Aus der zivilen und militärischen Erziehung der Männer sollte der Fortschritt der Völker erwachsen. Die Schweizer Milizarmee galt nach 1830 als das einzige wahre »Volksheer« Europas, das den Keim der Freiheit und des Fortschritts in sich trug.

Diese Hoffnung blieb jedoch eine Vision. Die Nationalstaaten wurden zumeist »von oben« durch Anhänger einer konstitutionellen, auf eine Verfassung gestützten Monarchie gegründet. Beispiele sind Camillo Benso di Cavour (Italien), Napoleon III. (Frankreich) und Otto von Bismarck (Deutschland).

Der in die Schweiz geflüchtete ehemalige preußische Offizier und Reformpädagoge Friedrich Beust (1817–1899) über das Schweizer Vorbild:

»Möchten alle Völker diesen Weg gehen, dann werden die Zustände in den alten Kulturländern Europas bald eine andere Gestalt annehmen, denn die Umgestaltung der stehenden Heere in eine wahre und ächte Volkswehr schliesst die Lösung der Bande in sich, mit welchen der Absolutismus die Völker gefesselt hält. Aus einem ächten Volksheer wird die Freiheit hervorwachsen und diese wiederum wird alle peinlichen und drückenden Fragen im Leben der Völker lösbar machen.«

Aus: Friederich Beust, Grundzüge der Organisation eines Volksheeres, Zürich 1867, S. 32.



Dennoch blieb die Schweizer Milizarmee bis kurz vor dem Ersten Weltkrieg Vorbild für eine demokratische und republikanische Militärreform, die dem Frieden diene. In den Augen der Kritiker waren die Heere der europäischen Großmächte für einen Angriff gedacht. Die deutschen Sozialdemokraten Karl Liebknecht und August Bebel sahen in der Schweizer Milizarmee das Gegenbild zur militaristischen Armee des Kaiserreichs und als Vorbild für eine demokratische Volkswehr. Am weitesten ging der führende Kopf der französischen Sozialisten, Jean Jaurès. Indem er die Schweizer Armee zum Vorbild nahm, versuchte er zu zeigen, dass eine *nouvelle armée* nicht nur eine neue Republik der *soldats-citoyens* hervorbringen würde. Wenn alle Staaten Europas diesem Vorbild folgten, dann, so lautete seine Vorhersage, würde ein System von nichtangriffsfähigen Armeen entstehen. Damit wäre der Frieden in Europa dann gesichert.

Daran glaubten selbst die Schweizer vor dem Ersten Weltkrieg kaum noch. Auch in der Schweiz war man überzeugt von der »reinigenden Wirkung« des Krieges. Selbst ein neutraler Staat müsse unter Umständen in einem Krieg bestehen und so seine Existenzberechtigung beweisen können. Deshalb, so glaubten viele, müsse auch die Schweizer Armee »kriegstauglich« sein, um diese staats- und geschichtsphilosophisch gedachte Prüfung zu bestehen. Die beiden Weltkriege sollten jedoch der Schweiz zeigen, wie schwierig das war. Während des Zweiten Weltkrieges musste die Schweizer Armee angesichts der Einkreisung durch die faschistischen und nationalsozialistischen Staaten Italien bzw. Deutschland zu einer problematischen Notmaßnahme greifen: Sie zog sich in den Voralpen- und Alpenraum zurück. Durch diesen Rückzug in das »Schweizer Reduit« wollte man sich das strategische Pfand der Alpentransversalen sichern und den Gegner von einem Angriff abhalten. Nur dort bestand auch die Aussicht, den Kampf überhaupt erfolgreich zu führen.

Diese positive Erfahrung des erfolgreichen Ausharrens verlängerte die Geltungsdauer der Strategie des neutralen bewaffneten Alleinganges durch Abschreckung in die Zeit des Kalten Krieges. Wieder wurde mit allen Mitteln die »Kriegstauglichkeit« angestrebt, bis zur Vorbereitung des totalen Krieges. Davon ist heute in der Schweiz wie im übrigen Europa keine Rede mehr. Doch die Verbindung zu den europäischen Streitkräften ist immer noch begrenzt. Das Neutralitätsrecht der Schweiz verbietet den Beitritt zu einer Militärallianz mit Beistandsverpflichtung. Die Schweizer Milizarmee wird auch in Zukunft mehr als eine bewaffnete Bürgerwehr sein. Angesichts der gegenwärtigen gravierenden Veränderungen im Militärwesen wird sie jedoch die europäischen und weltweiten Tendenzen der Streitkräftebildung, Kampfführung und Einsatzarten nicht ignorieren können.